

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2.50 M., im voraus zahlen. Für Postbestellungen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter „Freiheit“ bezogen für Deutschland und Österreich 12.50 M., für das übrige Ausland 16.— M., jährlich. Zahlungsausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20.50 M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533—36, 2895 und 2896.

Interate kosten die achteig. Nonpareilzeile oder deren Raum 5.20 M. jezahl. 20%, Leverage: schlag. Familien- und Organisationsanzeigen die achteig. Nonpareilzeile 2.40 M. netto. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg., jezahl. 20%, Leverage: schlag. Stellungsanzeigen, Familien- u. Organisations-Anzeigen kosten das fertige Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg. netto. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533—36, 2895—96, 9768

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Nationalistische Ausschreitungen in Oberschlesien.

### Blutige Zusammenstöße.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Oppeln, 3. Mai.

Anlässlich der für den 3. Mai geplanten Volksdemonstrationen kam es bei den am 2. Mai veranstalteten Vorfeiern in Oppeln, dem Sitz der Entente-, Abstimmungs- und Regierungskommission zu Ausschreitungen nationaler Schreihälse gegen die demokratischen Polen. In der Peripherie der sonst ziemlich deutsch sprechenden Stadt Oppeln wurden die von den Dörfern einmarschierenden Polen, in denen sich auch Frauen und Kinder befanden, einfach angehalten, bedroht, gefesselt und zum Teil über Wasser geworfen. Man spricht von mehreren Schwerverwundenen und vielen Verletzten. Auch einige Schüsse wurden abgegeben.

Ein hauptstädtisches Bravourstück verübten inzwischen im Stadtpark auf der Kalkofenstraße vor dem polnischen Konsulat die deutschnationalen Jünglinge. Sie stürmten das Gebäude über einen Balkon, drangen ein, rissen das polnische Adlerwappen herunter, zerbrachen es und warfen die Trümmer in die Höhe. Erst dem Umstande, daß die Polen im Konsulat alle Fenster und Türen freiwillig öffneten, war es zu verdanken, daß sie nicht alles kurz und klein schlugen.

Eine Abordnung des nationalistischen VBdS durchsuchte mit Hilfe der grünen Polizei und eines englischen Kommissars das ganze Gebäude nach Waffen und Hilfsmitteln der Demonstrationen. Ein solcher Plan wurde auf die Straße geworfen und ein Revolver gefunden. Jedem ankommenden Auto mit grüner Polizei wurde von der Menge jubelnd mit „Hurra“ begrüßt. Schließlich räumte die grüne Polizei auf Befehl der Ententekommission die Straße.

Die organisierte Arbeiterkassette, die am Tage vorher eine glänzende organisierte Märschveranstaltung hatte, war nirgends beteiligt und hielt sich überall zurück. Die „Selbst“ bei der Konsulatsstürmung waren Gymnasiasten und Oberrealschüler im Alter von etwa 16 Jahren.

### Die Märschfeier in Halle.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Halle a. d. Saale, 2. Mai.

Die Märschfeier hat in Halle einen außerordentlich starken Umfang angenommen. Die Arbeit wurde als allgemein. Die Straßenbahnen verkehrten nicht, die Schulen waren geschlossen. Ein riesiger Demonstrationzug, an dem sich mindestens 50—60 000 Personen beteiligten, bewegte sich durch die Stadt. In Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Nach in der Provinz war die Arbeitstrube allgemein. Selbst die Landarbeiter nahmen in sehr vielen Orten an der Märschfeier teil. An einigen Stellen ruhte der Bahnverkehr.

### Der 1. Mai in Paris.

Blutige Opfer.

Paris, 2. Mai.

Die Polizeipräsidenten von Paris teilte mit, daß bei den gestrigen Kundgebungen 102 Polizeibeamte verwundet und 103 Personen verhaftet worden seien. Sechs verwundete Zivilpersonen seien in den Spitälern in Behandlung.

Nach dem gemäßigten sozialistischen „Bon Soir“ sollen gestern 4 Personen getötet worden sein. Wegen die Abgesandten Blanc und Bailant. Contarier werde eine Strafverfolgung wegen Widerstandes gegen die bewaffnete Gewalt eingeleitet werden.

### Große Angst in Amerika.

Amsterdam, 3. Mai.

Aus New York wird gemeldet, daß der 1. Mai in den Vereinigten Staaten ohne ernste Störungen verlief. Beamte der Bundesbehörden, Verhaftete und Polizisten bewachten den ganzen Tag über die öffentlichen Gebäude sowie die Wohnungen und Geschäftsräume der Millionäre.

### Der Generalstreik der französischen Eisenbahner.

Paris, 2. Mai.

Ministerpräsident Millerand verhandelte heute vormittag mit den Ministern der Justiz, des Innern, der Marine und der öffentlichen Arbeiten. Nach Schluß der Sitzung empfing er die Vertreter der Pariser Presse und erklärte ihnen, um die Folgen des Krieges zu heilen, müsse Frankreich arbeiten und produzieren. Es könne aber weder arbeiten noch produzieren, wenn nicht ein normales Funktionieren der Transportmittel die regelmäßige Zufuhr an Rohmaterialien und Kohlen sichere. Wenn die Arbeiter der Eisenbahnen, der Bergwerke und der Oasen bis Hände in den Schößen lassen, kann

wärde sich die Lebensmittelkrise verschärfen und die Arbeiter wären deren erstes Opfer. Die Regierung werde nach dem Wiederausbruch der Kammer einen Gesetzesentwurf über die Reorganisation der Eisenbahnlinien einbringen. Millerand appellierte an den gesunden Menschenverstand und die Vaterlandsliebe der Arbeiter.

Die „Intransigent“ meldet, daß der Direktor der Staatseisenbahnen drei der Führer der Eisenbahnergewerkschaften aus dem Dienst entlassen.

### Die Friedensresolution im amerikanischen Senat.

T. U. Washington, 3. Mai.

Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten brachte am Freitag einen Gesetzesentwurf in, welcher die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland und Österreich andererseits bezweckt. Dieser Entwurf steht im Gegensatz zu einem analogen Gesetzesentwurf der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses. Alle republikanischen Mitglieder der Senatskommission stimmten dem Beschluß zu, während die demokratischen dagegen waren. Über diesen Gegenstand wird sich nächste Woche eine Debatte entwickeln. In zwei Wochen dürfte ein endgültiger Entschluß getroffen werden. Der neue Entwurf erbrückt die Bestimmungen, die besagen, daß Deutschland die Bedingungen innerhalb 48 Stunden annehmen muß und ferner diejenigen des Status für Verletzungen des Friedensvertrages. Im Wortlaut des Repräsentantenhauses sind diese beiden Kategorien von Klauseln beibehalten.

### Der polnische Vormarsch in der Ukraine.

T. U. Stockholm, 3. Mai.

Zu dem polnischen Vormarsch in der Ukraine schreibt die „Pravda“: Die polnischen Imperialisten weigern sich hartnäckig, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die polnischen Truppen haben einen Angriff auf der ganzen Front mit bedeutenden Kräften begonnen. Die polnische Regierung ist ein Bündnis mit Petljura gegen Rußland und die Ukraine eingegangen, um sich der Provinzen Wolhynien, Podolien und Kiew zu bemächtigen. Der polnische Vorstoß muß schon im Anfang gebrochen werden, andernfalls werden große Gebiete Sowjetrußlands von neuem der Herrschaft der polnischen Weißgardisten ausgeliefert. Der militärische Mitarbeiter des selben Blattes schreibt: Auf der Südwestfront haben die Polen einen Vormarsch auf einer Front von 300 Werst von Berditschew bis zum Dnjestr begonnen.

### Neue Unruhen in Irland.

Amsterdam, 3. Mai.

Wie die englischen Blätter melden, wurden die Polizeistationen in Corkin und Blumberge (Downe) niedergebrannt. In London Derry wurden Sonnabend nacht zwei Polizeibeamte durch Schüsse verwundet. Auf dem Bahnhof von Dingle (Kerry) raubte eine Anzahl Männer Geld, Wägen und andere Ausrüstungsgegenstände, die für ein Militärlager bestimmt waren, und verbrannten sie auf der Straße. In Cork sind vierzehn gefangene Sinnfeindler in den Hungerstreik getreten.

### Die Unternehmer rüsten.

#### Der Hansabund für eine Gewerkschaft der Unternehmer.

Der Hansabund (Landesverband Nordwestdeutschland) fordert in einem Rundschreiben alle auf dem Boden der Eigenwirtschaft stehenden Groß- und Unternehmervereine der Bundesstaaten auf, sich in letzter Stunde zusammenzufinden zur Bildung der einzig noch möglichen Abwehrorganisation, einer Gewerkschaft der Unternehmer. In dem Rundschreiben heißt es u. a.: In den beiden Ländern, daß einmal die Beseitigung der dem gesamten Unternehmertum gemeinsamen Existenzgrundlage der Eigenwirtschaft durch behördliche Maßnahmen zum Teil bereits verwirklicht worden ist und andererseits, daß die Möglichkeit solcher verheerlichen Regierungsmahnahmen nur in der völligen politischen Ohnmacht des Unternehmertums zu erblicken ist, begründet sich die unumgängliche Notwendigkeit des Aufbaues der Gewerkschaft der Unternehmer.

Nach diesem Alarmruf könnte fast angenommen werden, daß es in Deutschland unter der gegenwärtigen Regierung tatsächlich eine „Sozialisierungsgefahr“ gibt. Leider ist das nicht so. Die Gewerkschaften der Arbeiter ziehen an den Röhren der Unternehmer gegen die Sozialisierung offensichtlich den Schluß, daß sie ihrerseits einen weit energischeren und

## Valuta, Löhne und Preise.

I.

B. A. Die Bewertung der deutschen Reichsmark befindet sich seit Beginn des Krieges, der die Aufhebung des Einlösungszwanges der Banknoten, d. h. die Beseitigung der Goldwährung brachte, in ständiger Abwärtsbewegung. Während des Krieges erfolgten stärkere Rückschläge u. a. nach der Juliresolution, eine gewisse Erholung trat zur Zeit der Drest-Litovsker Verhandlungen ein. In den vier Kriegsjahren ist insgesamt eine Verschlechterung des Marktwertes um etwa 50 Prozent eingetreten; dagegen haben wir seit Anfang des Jahres 1919 bis zum Frühjahr 1920 eine außerordentlich viel stärkere Tendenz der Markterwertung zu verzeichnen. Bei einer Prüfung der Ursachen dieses beschleunigten Valutarückganges scheinen die folgenden Gründe besonders wesentlich zu sein:

1. Die ungezügelte Einfuhr von Fertigwaren und Luxusgütern über die seit dem Waffenstillstand offene Westgrenze. Dieser Import ergibt einen bisher auch nicht annähernd feststellbaren Milliardenbetrag.

2. Die große Kapitalflucht, zu der sich ein Teil der Besitzenden und Kriegsgewinnler aus allgemein-politischen (Angst vor dem „Bolschewismus“ usw.) wie aus steuerpolitischen Gründen veranlaßt fühlte.

3. Die Entblöhung des Warenmarktes durch Exportverkäufe, deren Gegenwerte in beträchtlichem Umfange in fremder Währung im Ausland blieben.

4. Die großen kurzfristigen Zahlungspflichtigkeiten, die zur Deckung der notwendigen Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen usw. eingegangen werden mußten.

5. Die schlechte Finanzlage des Reiches, der Staaten und Kommunen, deren Haushaltsvoranschläge immer beträchtlichere ungedeckte Defizite aufweisen, die nur durch Anleihen, nicht durch Steuern reichungsmäßig ausgeglichen werden. Die Gefahr eines Staatsbankrotts.

6. Die Forderungen des Friedensvertrages, dessen vorgelebene Entschädigungen weit über den Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands hinausgehen.

7. Die ständige Erhöhung des Notenumlaufes, die das Mißverhältnis zwischen Waren- und Geldzirkulation steigert, den Kaufwert der Mark senkt.

Während noch im Januar 1919 die Mark in Zürich mit 60 Centimes bezahlt wurde, d. h. mit etwa 50 Prozent, zeigte sich bereits im März 1919 eine Entwertung auf etwa 37 bis 43 Prozent, im Juni auf 30 bis 36 Prozent, im September auf 20 bis 24 Prozent, im November auf 10 bis 17 Prozent ihres Nennwertes. Am 27. Januar 1920 überzahlte man bereits an der Berliner Börse 1798 Mark für 100 Schweizer Franken, 4196 Mark für 100 holländische Gulden. Das ist eine Bewertung der Mark mit etwa 4 Pfennigen.

Nach mehreren Wochen lechterer Schwankungen setzte plötzlich Anfang März — das erstmal seit vielen Monaten — eine verhältnismäßig beträchtliche Besserung des Marktkurses ein. Die Mark stieg bis zur Zeit des Kapp-Zuges auf ungefähr 6 Prozent ihres Nennwertes, nach Beendigung des Generalstreiks in raschem Tempo bis auf fast 10 Prozent. Das bedeutete gegenüber dem Tiefstande eine Erhöhung um 120 bis 150 Prozent. Diese großen Rablen dürfen aber natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mark trotz dieser Besserung noch immer nicht auf den sechsten Teil ihres alten Wertes gestiegen und daß zudem dieser Steigerung inzwischen wieder eine wesentliche Abschwächung gefolgt ist.

Wie auch im einzelnen die weitere Entwicklung der deutschen Valuta sich gestalten mag, die heftigen Schwankungen nach unten und oben haben jedenfalls den Unternehmern, Kapitalisten und Spekulanten, die bisher nur an die mit der Verschlechterung des Kursstandes automatisch verbundenen Preissteigerungen gewöhnt waren, die schwankende Grundlage offenbart, auf der sich unsere gesamte Waren- und Geldwirtschaft unter den heutigen Währungsverhältnissen aufbaut. Sie haben diesen Kreisen Möglichkeiten von Verlusten vor Augen geführt, vor denen ihnen in diesen Tagen der Valutadämmerung angst und bange werden mußte.

Wenn es sich bei dieser Frage nur um das Individualinteresse einer Reihe mehr oder minder glücklicher Spekulant handelt, könnte die deutsche Arbeiterschaft nicht nur ohne Anteilnahme bleiben, sondern sich dieser Verluste herzlich freuen. In Wirklichkeit handelt es sich aber gleichzeitig um sehr wesentliche Fragen unserer gesamten Volkswirtschaft, die in Abhängigkeit mit





